

Berliner Tageblatt



Nr. 555

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Mölle in Berlin.

Die englisch-französische „Entspannung“.

Befriedigung in Paris.

Die Aufgaben der beiden Sachverständigenkomitees. — Brabbury über die „Umgehung der Hindernisse“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 1. Dezember.

In allen Pariser Zeitungen wird die „Wiedergeburt der Entente cordiale“ begrüßt sowie die „veröhnliche Haltung der französischen Regierung“, die nach offizieller Auffassung diesen Erfolg ermöglicht hat. Zum erstenmale seit den Tagen der Ruhrbesetzung schreiben einige Blätter, seien die Delegierten der Reparationskommission einzig gewesen, und der geschätzte Sachverständige Sir John Brabbury habe sich plötzlich in Wärme für die französischen Pläne verwandelt. In Wahrheit ist gestern bei der Beratung der Reparationskommission nichts anderes herausgekommen als ein Kompromiß, bei dem weder England noch Frankreich etwas gewonnen haben und alle Schwierigkeiten vertagt worden sind, ohne auch nur eine zu lösen. Einzig waren die Delegierten der Reparationskommission nur in dem Wunsch, einen Bruch der Entente zu vermeiden; in allen wesentlichen Fragen des Reparationsproblems bleibt die Uneinigkeit bestehen. Frankreich hat es erreicht, daß die drohende Hofierung wieder einmal hinausgeschoben worden ist, und dieses Resultat ist allerdings ein Erfolg Poincarés. Es ist falsch, wenn das „Petit Journal“ schreibt: „Die Reparationskommission hat ohne Änderung und Vorbehalte den französischen Plan angenommen, ein Sachverständigenkomitee zur Abklärung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu wählen.“ Dieser Eindruck bestand allerdings in den ersten Stunden, wurde aber durch den sehr spät ausgegebenen amtlichen Bericht wesentlich verändert. Der französische Vorschlag war, ein Sachverständigenkomitee durch die Reparationskommission ernennen zu lassen und diesem Ausschuss die Aufgabe anzuvertrauen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu untersuchen. Die englische Auffassung hielt ein Sachverständigenkomitee mit beschränkter Vollmacht für nutzlos und wünschte eine Prüfung ohne Beeinflussung durch die französische Politik. Die beiden Gegenstände, die unüberbittlich sind, sind dadurch ausgeglichen worden, daß der wichtigste Teil der Aufgabe einfach gestrichen wurde: der Sachverständigen-Ausschuss soll nicht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands untersuchen, sondern nur die Mittel, durch welche das Budget in Ordnung gebracht und die Währung stabilisiert werden kann. Ein zweites Sachverständigen-Ausschuss erhält den Auftrag, „das im Ausland untergebrachte deutsche Kapital abzusuchen und nach Deutschland zurückzuführen“.

Die gestrige Entscheidung der Reparationskommission hat den Zweck, den Regierungen Frankreichs und Englands die Zeit zu neuen Annäherungsversuchen zu geben. Der Erfolg dieses letzten Versuches hängt von dem Ausgang der englischen Wahlen ab. Ob überhaupt ein Erfolg zu erwarten ist, wird sich zeigen, wenn die Angaben der Sachverständigenkommission bekannt geworden sind. Die Wahlen sollen in der nächsten Woche erfolgen, und schon nach der eben erfolgten Einigung kündigen sich neue Meinungsverschiedenheiten an. England und Belgien wollen als Sachverständige Leute ersten Ranges haben. Frankreich scheint es vorzuziehen, daß keine Persönlichkeit gewählt wird, die allzu imponierend wirkt. „Die Wahl solcher hervorragenden Persönlichkeit würde die Schwierigkeiten verstärken, die man gestern durch einen kurzen Waffenstillstand zu beseitigen versuchte.“ (1) schreibt Perinax im „Echo de Paris“. Wie die französische Regierung die gestrige Entscheidung auffaßt, hat „eine hohe Persönlichkeit“ einem Mitarbeiter des „Matin“ gesagt: „Sie bedeutet die Entspannung zwischen Frankreich und England. Diese Entspannung begann in der Reichstagskonferenz, sie ging weiter in der Debatte der französischen Kammer am 23. November, als die französischen Epier für die Entente cordiale von einer gewaltigen Mehrheit gutgeheißen wurden, und sie hat ein praktisches Ergebnis durch den Beschluß der Reparationskommission gefunden, indem England und Frankreich sich freundschaftlich über die Untersuchung der Hilfsmittel geeinigt haben.“ Damit muß verglichen werden, was Brabbury gestern den englischen Journalisten sagte. „Es ist übertrieben, die gestrige Entscheidung als endgültigen

Ausdruck der englischen oder französischen Auffassung anzusehen. Die Uebereinkunft, die erzielt werden konnte, ist nur ein erster Schritt. Wir wollten die Hindernisse umgehen, da wir sie nicht beseitigen konnten.“ Brabbury hofft, daß zu beiden Ausschüssen auch Vertreter der Vereinigten Staaten geschickt werden. Der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission, Logan, hat jede Klärung über diese Frage abgelehnt.

Ein englisches Urteil über die deutschen „Rüstungen“.

„Eine vollkommene Entwaffnung, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 1. Dezember.

Der Berliner Vertreter des „Daily Express“ hat an Ort und Stelle über den wahren Stand der angeblichen deutschen „Rüstungen“ Aufzeichnungen gemacht, da diese Frage durch das unendliche Reuter-Communiqué aktuell geworden ist. Der Korrespondent hat sich mit einem der Kontrolloffiziere in Verbindung gesetzt, der unlängst einige deutsche Waffenfabriken besuchte. Dieser Offizier, berichtet der Korrespondent, habe ihm die Gründe auseinandergesetzt, weshalb Deutschland in militärischer Beziehung vollkommen hilflos sei, und habe das durch eine Liste von phantastischer Länge bekräftigt, in der die Zerstörungsmassnahmen Punkt für Punkt aufgeführt sind. Die Zerstörung von Gewehrmunition zähle nicht nach Millionen, sondern nach Hunderten von Millionen, während die Vernichtung von Feldgeschützen und Haubitzen nach Hunderten zähle. Alle militärischen Ausrüstungsgegenstände, wie Geschütze, Fernsprechanlagen usw., seien den Alliierten ausgehändigt worden. Das ganze mache eine Zahl aus, für die es in der Geschichte kein Beispiel gebe. Für ein zusammengebrochenes Land sei es vollständig unmöglich, auch nur den tausendsten Teil dieses Verlustes zu ersetzen. Als die Entwaffnungsarbeiten nach der Besetzung des Ruhrgebietes eingestellt worden seien, seien sie so gut wie vollkommen gewesen. Daß die Entwaffnung so rasch und gründlich durchgeführt werden konnte, habe seine Gründe darin, daß die deutschen Unternehmen und Arbeiter im eigenen Interesse jeden Nerv anstregten, um die Kriegsfabriken in Friedensfabriken zu verwandeln. Der Offizier, so erklärt der Korrespondent weiter, habe ihn besonders auf zwei schwache Punkte der deutschen Kriegsrüstungen hingewiesen. Zunächst habe Deutschland keine schwere und auch nur geringe leichte Artillerie. Dies seien seine Waffen, die man unmöglich verbergen könne; außerdem beste die Herstellung von Pulver und Sprengstoffen große industrielle Einrichtungen voraus, so daß Deutschland in dieser Hinsicht auf Jahre hinaus gelähmt sei. Was das Verbergen von Waffen anbelange, so seien die Gewehre so zerstückt worden, wie man sie von der sechsten Erde genau so zerstückt würden, wie es durch Ingenieure geschehen könnte. Gewiss habe Deutschland Waffen verstreut, aber jedes Volk, das über schwere Artillerie und Flugzeuge verfüge, könne unbehindert durch eine Armee von 10 Millionen Deutschen marschieren, die keine Kanonen und Flugzeuge hätten. Die einzige Möglichkeit, daß Deutschland sich im geheimen für einen Krieg rüste, liege in der Herstellung von giftigen Gasen (?). Es sei möglich, daß Deutschland hierzu getrieben werde, wenn ihm jedes andere Verteidigungsmittel fehle.

Wie nunmehr endgültig feststeht, sind für die bevorstehenden Wahlen 1395 Kandidaten aufgestellt worden. Davon sind 443 Kandidaten der Vereinigten Liberalen, 590 solche der Unionisten und 420 Kandidaten der Arbeiterpartei. Unter den Kandidaten befinden sich, wie bereits kurz gemeldet, 34 weibliche, darunter sieben Anhängerinnen der Unionisten, 12 der Liberalen, 13 der Arbeiterpartei und 2 der Kooperative bzw. der Unabhängigen Partei. Die Parteien in dem jetzt aufgelassenen Parlament wiesen folgende Stärke auf: Unionisten 355, Arbeiterpartei 144, Asquith-Liberale 66, Lloyd-George-Liberale 51, nordfranzösische Unionisten 11, Unabhängige 7, Kommunisten ein Mitglied.

vorliegen. In der Verordnung soll die Arbeitszeit der Beamten einschließlich der Pausen auf zehn Stunden täglich festgesetzt werden.

Paris, 1. Dezember.

Die Urteile der französischen Presse über die neue Regierung in Deutschland sind ziemlich gleichlautend: Nur das Urteil ist verändert. Die Mischung ist gleichgeblieben. Die neue Regierung bedeutet keine Gefahr für den republikanischen Gedanken, und das ist gut; aber weniger gut ist es, daß dieser neuen Regierung voranschreitlich jedenfalls keine lange Dauer beschieden sein wird. Es wird als wesentlich bezeichnet, daß der neue Kanzler, Dr. Marx, ein Rheinländer, ein Katholik und ein bürgerlicher Politiker ist. Als Rheinländer wird er jeden Separatismus ablehnen und vor den Augen der Welt das Prinzip der Reichseinheit verkörpern. Als Katholik wird er der Annäherung an Bayern nügen. Als ein Mann des Bürgertums steht er in der Mitte zwischen den Extremen der Rechten und der Linken. Persönlich scheint Dr. Marx bei den Vertretern der ausländischen Presse Sympathien zu besitzen. Er wird lokal, bescheiden, vorständig und klug genannt. Aber die Aufgaben, die ihn erwarten, sind so gewaltig, daß sie für die Kraft eines Mannes zu groß sind. Deshalb wird es für richtig gehalten, daß Dr. Stresemann als Außenminister der Regierung erhalten bleibt.

Rheinlandprojekte.

Der Stand der Rheinlandsfrage. — Der freundlich-uzugängliche Herr Tirard. — Rheinland, Preußen, Reich. — Die Verhandlungen des Fünfzehnerausschusses. — Der 56er Ausschuss.

Paul Steinborn.

Auf Grund einer Rede, die der Abgeordnete Erkelenz dieser Tage in Eberfeld gehalten hat, und über die vom Wolffschen Bureau ein nach der Erklärung des Abg. Erkelenz unzutreffender Bericht verbreitet wurde, ist in der Öffentlichkeit der Eindruck hervorgerufen worden, als ob eine Entscheidung in der Rheinlandsfrage unmittelbar bevorstehe. Tatsächlich sind nun aber zurzeit nicht nur die Verhandlungen in Koblenz mit dem französischen Oberkommissar, sondern auch die in Berlin mit der Reichs- und preussischen Regierung suspendiert. In Koblenz hat sich Herr Tirard von den deutschen Unterhändlern verabschiedet, indem er höflich lächelnd versichert, es habe ihn außerordentlich interessiert, die Auffassung auf deutscher Seite zu lernen, und „seine Tür stehe jederzeit offen“. In Zeitpunkten für die nächste Zusammenkunft ist aber nicht abgemacht worden. In Berlin sind die Besprechungen der Regierungskreise zum Stillstand gekommen, wozu werden bestenfalls erst im Laufe der kommenden Woche wieder aufgenommen werden. Ein weiterer Beweis dafür, daß die Dinge noch längst nicht vor dem Abschluß sind, ist schließlich darin zu erblicken, daß die preussische Regierung bei Gelegenheit der bevorstehenden Besetzung einer sozialdemokratischen Anstalt Gelegenheit genommen hat, sich erneut und eingehend über ihren Standpunkt zu äußern.

Vielleicht darf man aber sagen, daß die preussische Regierung gut getan hätte, wenn sie im Verlauf der letzten Wochen, in denen öffentlich und leider mehrfach insgeheim, sehr viel und ungemein schädlich agiert worden ist, sich wieder einmal zu dieser schweren aller deutschen Zukunftsaufgaben klärend geäußert haben würde. Ferner hat es ein weiteres Zeichen in dem großen Schuldlosteil, was die Urheber der letzten Regierungskrise im Reichte sich vor eröffneten, daß auch die Reichsregierung verhalten wurde, sich mit der notwendigen Kontinuität der Dinge zu widmen. Nicht zuletzt darauf ist es denn auch zurückzuführen, wenn ganz allgemein, besonders aber auch im Rheinland selbst, Unsicherheit entstand, und wenn, vor allem durch die Redaktionen über die Verhandlungen des Fünfzehnerausschusses, ein sehr maßgebendes Moment ganz in den Hintergrund und fast in Vergessenheit geriet: der Standpunkt Preußens und des Reiches. Dieser Standpunkt ist aber heute wie gestern der, daß die preussische Regierung und die Reichsregierung mit Entschiedenheit jedes Projekt ablehnen, das eine Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Rheinlande zum Reich zum Ausgangspunkt und Ziel hat.

Diese Tatsache muß man aber so eher bei einem Urteil über den heutigen Stand der Rheinlandsfrage heranziehen, als die Verhandlungen mit Herrn Tirard bisher so gut wie gar kein Ergebnis gehabt haben. Der französische Oberkommissar hat alles abgelehnt, was auf eine Lösung im Rahmen des Reiches hinausläuft. Seine Haltung war in jeder Beziehung darauf zugeschnitten, alle diejenigen zu enttäuschen, die auf irgendwelche Zugeständnisse von französischer Seite gerechnet hatten. Herr Tirard war in jeder Phase der Verhandlungen nichts als der getreue Diener seines Herrn Poincaré, Behebung der Ernährungsfrage? „Dauerhaft in der Tat! Aber — ein Adjektiv — allein die Folge des von der Reichsregierung befohlenen passiven Widerstandes!“ — Räumung im Hinblick auf eine beiderseitig tragbare Lösung? „Nun, man könnte daran denken! Vielleicht, daß eine oder zwei von den acht Divisionen der Besatzungsarmee abtransportiert werden könnte. Aber der Zeitpunkt dafür muß selbstverständlich vorbehalten bleiben!“ — Verminderte Heranziehung der selbständig gewordenen Rheinlande zu den Reparationskosten? „Sehr wohl, mein Herr, ... man weiß aber in der ganzen Welt, daß die Rheinlande der zahlungskräftigste Teil des Reiches sind. Wie wird Frankreich darauf rechnen, daß sie sich für die ihnen gewährte Freiheit im Gegenteile erkenntlich zeigen!“ Dies, an die Hauptpunkte zurückgekehrt, der imaginäre, aber dem Sinne nach nur allzu getreue Inhalt der „Verhandlungen“ mit Herrn Tirard. Mit Bezug auf das mit dem Abgeordneten Moldenhauer besprochene Projekt hat der französische Oberkommissar schließlich zwar gelacht, gewiss, auch er denke an einen Meinungsstand im Rahmen des Reiches, aber ... zu general! Die Eigenart stellte sich jedoch im Kopie des Herrn Tirard wirklich sehr eigenartig dar. Es erschien ihm einfach selbstverständlich, daß der neue Staat des Reich und dem Ausland gegenüber absolut selbständig auftreten und daher das jus delegations haben müsse, desgleichen natürlich eigene Finanzhoheit, eigene Steuergerechtfame, ja sogar militärisch sollte nach französischer Ansicht die Selbständigkeit irgendwem zum Ausdruck kommen, wenn auch andererseits wiederum eine internationale Garantie merie für die Sicherheit Frankreichs ohne weiteres für notwendig erachtet wurde.

Man sieht also in der Tat, daß Herr Tirard und seine Regierung nicht entfernt daran denken, für die eventuelle Durchsetzung ihrer Wünsche auch nur die geringste Gegenleistung zu bieten. Unter dem Druck dieser Tatsache haben die Verhandlungen des Fünfzehnerausschusses von Anfang bis heute gestanden. Neuerdings ist man nun auf deutscher Seite, unter der Vorstellung, daß die Dinge irgendwie vorangebracht

Die erste Kabinettsitzung.

Ein neuer Presseschef.

Das neugebildete Reichskabinett trat heute vormittag 11 Uhr zum erstenmal zusammen.

Der Staatssekretär der Reichsfinanzkanzlei Kempster, Mitglied der Deutschen Volkspartei, wird auch unter dem Zentrumskanzler sein Amt weiterführen. Dagegen wird ein Wechsel in der Leitung der Reichspressestelle eintreten. Reichsfinanzkanzler Dr. Marx hat den Posten eines Chefs der Reichspressestelle dem Verlagsdirektor der „Germania“, Regierungsrat A. Dr. Dr. Spieder, angeboten. Wahrscheinlich wird dieser dem Aufsteige folgen. Bisher war, wie bekannt, Major a. D. Kalle, der Bruder des vormaligen Reichsfinanzministers, an dieser Stelle tätig.

Ueber die Neuordnung in der Leitung des Ministeriums für die besetzten Gebiete hören wir, daß die Beauftragung des Reichspostministers Goele mit der Wahrnehmung der Geschäfte voraussichtlich nur eine vorläufige ist. Die Annahme, daß eine Neuabsetzung dieses Ministerpostens nicht beabsichtigt sei, dürfte also kaum zutreffen. Entscheidungen sind aber nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten.

Der Reichsminister des Innern wird wie wir erfahren, schnellstens eine Verordnung vorbereiten und dem Kabinett zur Beschlußfassung

würden müßten, zur Schaffung eines größeren Ozeaniums geschritten, das seinen Ausgang von den Reichstagsabgeordneten der besetzten Gebiete nahm und zur Stunde im ganzen 56 Mitglieder zählt. Auch dieser erweiterte Ausschuss wird aber wahrscheinlich mehr oder weniger mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie der ihm vorangegangene kleinere Ausschuss. Schon dieser stieß auf Bedenken und Zweifel hinsichtlich seiner Kompetenzen, und zwar kamen diese Zweifel sowohl aus der Bevölkerung der besetzten Gebiete selbst wie von den Regierungen der benachbarten Länder. Im besonderen die bayerische hat den Kompetenzkonflikt erhoben, und sie, aber auch Baden und Hessen, werden auch in der Tätigkeit des 56-er Ausschusses gegebenenfalls einen Eingriff in ihre Rechte erheben. Auch die Zusammenfassung dieses vergrößerten Ausschusses hat Widerspruch hervorgerufen. So ließ z. B. nur das eine angedeutet, daß das Zentrum, das auf 20 Sitze Anspruch haben würde, bisher nur einen inne hat. Vor allem aber besteht doch die Tatsache, daß wenn die Bevölkerung der besetzten Gebiete sich heute frei äußern könnte, über ihre Entscheidung überhaupt kein Zweifel wäre. Es wird also vielleicht Aufgabe der nächsten Zeit sein, diese und andere Tatsachen mehr als bisher zu würdigen und die Verhandlungen grundsätzlich auf eine andere Basis zu stellen.

Da wäre zunächst einmal zu fordern, daß mit der Annäherung gebrochen würde, als ob allein und ausschließlich nur mit Herrn Tirard zu verhandeln sei. Wenn wir recht unterrichtet sind, ist von anderer allierter Seite schon ein gewisses Ersäumen darüber zum Ausdruck gekommen, daß Deutschland sich bisher so widerspruchlos mit dieser Einseitigkeit abgefunden hat, und noch mehr war man in diesen alliierten Kreisen überfällig, als die eingangs erwähnte Rede des Abgeordneten Erlezien den Eindruck erweckte, als ob die Abmachungen mit Herrn Tirard sozuzunehmen nur noch der Unterfertigung bedürftig. Künftighin wird man also auf deutscher Seite davon auszugehen haben, daß bei den weiteren Besprechungen auch die Vertreter anderer Mächte als gleichberechtigte und maßgebende Verhandlungsteilnehmer hinzugezogen werden. Darüber hinaus aber wird man erwarten dürfen, daß auf Seiten der Vertreter der Rheinlande, an deren bestem Willen in keiner Weise zweifelhaft werden soll, mehr als bisher eine Umwälzung in dem Sinne geschieht, daß die Zukunft der Rheinlande letzten Endes immer durch ihr Verhältnis zum Reich bestimmt bleibt. Und anders als Herr Tirard will das Reich und will Preußen nicht bloß nehmen, sondern auch geben. Wir sagten schon, daß sie nach wie vor jeden „Vergleich“ mit Frankreich um den Preis einer staatsrechtlichen Änderung ablehnen. Aber auf der anderen Seite sind sie bereit, den Rheinländern auch für die Zukunft Genüge gegen jede Unterschiedlichkeit in der Fürsorge für das besetzte und das unbesetzte Gebiet zu geben, und zwar gerade auch auf finanziellem Gebiet. Das Verfahren im einzelnen wird natürlich näheren Verhandlungen vorbehalten bleiben müssen, aber nach unserer Kenntnis der Dinge ist dieser Lage mit und in den zuständigen Reichsstellen bereits mit Erfolg Rücksprache gepflogen worden, in welcher Form dem besetzten Gebiet in Zukunft etwa eine finanzielle Autonomie gewährt werden könnte. Hier ist zweifellos ein Weg, und so muß erwartet werden, daß sich dazu auch der Wille findet. Den Willen der bedrohten Westmarken kennen wir: er ist deutsch und wird immer deutsch bleiben. Wenn es in einzelnen Teilen des Rheinlandes heute anders erdienen könnte, so liegt das nur daran, daß das dortige Deutschland von dem furchtbaren Druck fremder Gewalttätigkeit systematisch gedrückt worden ist. Aber auch dort brennt unter der Oberfläche das Gefühl unzerstörbarer Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Vaterlande, lebt die Heberzeugung, daß allein die Freiheit und die Unverletzlichkeit des Reichs Bürgern sind für eine bessere Zukunft, deutscher Volksgeamtheit. Eine Zerreißung des Bandes, das Rhein und Ruhr mit dem übrigen Deutschland verbindet, wäre der Tod der deutschen Nation. Wer im Deutschland der Vergangenheit lebte und wirkte, wird und muß deshalb dem Deutschland der Gegenwart doppelte Treue halten und den Kampf um die deutschen Westmarken in der Heberzeugung kämpfen, daß er

zugleich und im tiefsten Sinne ein Kampf um die Zukunft unserer Enkel ist.

Hughes für Wiederherstellung Deutschlands.

Gegen die unproduktiven Rüstungsausgaben. — „Wir wünschen eine ehrliche und umfassende Untersuchung unter Teilnahme aller Interessierten.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 1. Dezember.

Fast alle Berichte der Pariser Vertreter hiesiger Blätter stimmen darin überein, daß es in erster Linie von den Vereinigten Staaten abhängen werde, ob die Pläne der Reparationskommission erfolgreich durchgeführt werden könnten. Dies sei ebenso wichtig als die Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen England und Frankreich, die vor allem der „persönlichen Haltung Sir John Bradburys“ zu danken sei.

Staatssekretär Hughes hat am gleichen Tage, an dem die Reparationskommission zusammentrat, in Philadelphia anlässlich der Jahreshunderfeier der Monroe-Doktrin seine Ansicht über die amerikanische Außenpolitik erneut niedergelegt. Amerikas Mission, führte Hughes aus, seien nach dem Kriege die gleichen wie vorher. Obwohl die Vereinigten Staaten Sieger seien, wünschten sie weder Landwerb noch Reparationen. Sie wünschten nicht, Europa irgend etwas zu diktieren oder irgend jemanden seines Rechtes zu berauben, aber sie wünschten den Frieden und die wirtschaftliche Gerechtigkeit in Europa. Die Vereinigten Staaten seien zur Verteidigung der Freiheit und zur Verhinderung einer autoritären Macht, nicht aber für die wirtschaftliche Ermittlung der besetzten Gebiete gekommen. Staatssekretär Hughes fuhr fort: Wir fühlen die tiefste Sympathie und Freundschaft für das französische Volk. Wir wünschen, daß Frankreich glückselig und sicher sei, daß seine Wunden heilen und seine gerechten Anforderungen erfüllt werden. Wir wünschen aber auch ein neues und glückliches zum Frieden bereites Deutschland zu sehen, das, soweit seine Kräfte ausreichen, Schadenersatz leistet und das dann die entsprechende Belohnung für seine Arbeit und Geschäftlichkeit erhält. Wir wünschen das Ende der militärischen Unternehmungen und der hieraus entstehenden unproduktiven Ausgaben. Wir wünschen, daß das Feuer des Hasses erlösche. Deshalb haben wir, wie wir es in unserer jüngsten Note an die englische Regierung ausgedrückt haben, den Wunsch, daß die Lösung der außerordentlich schwierigen Probleme durch eine ehrliche und umfassende Untersuchung gefunden wird, an der alle Interessierten teilnehmen sollen, und die von dem Entschluß geleitet werden soll, Mittel zur Wiederherstellung produktiver Arbeit zu finden. Hierdurch allein können Reparationen erzielt werden. Nur durch die Errichtung freundschaftlicher Beziehungen zwischen fleißigen Völkern sind der Friede und die Sicherheit der Welt zu gewährleisten. Staatssekretär Hughes betonte dann, daß die Vereinigten Staaten harntunig an dem Grundsatz festhalten, sich nicht in politische Streitigkeiten Europas einzumischen. Dem mit dem Entschluß Amerikas, den es seiner Unparteilichkeit verband, sei es vorbei, wenn Amerika in diese Streitigkeiten eingreife. Die Tätigkeit der Propaganda in Amerika habe gezeigt, daß Kontroversen über die äußere Politik, soweit sie nicht unmittelbar das Interesse Amerikas betreffen, auch in Amerika zur Entschärfung des Rassenhasses führten. Was in den Tagen der Monroe-Doktrin wahr gewesen sei, gelte auch noch heute in dem aus verschiedenen Völkern zusammengesetzten Amerika, wenn es vielleicht zu einer Wiederholung des europäischen Interessentenkonfliktes kommen sollte. Man müsse deshalb die Grundsätze des amerikanischen Volkes gegenüber Europa folgendermaßen zusammenfassen: Bündnisse lehnen wir nach wie vor ab. Wir lehnen es ab, die Macht der Vereinigten Staaten im voraus für kommende unbekannte Ereignisse zu verpflichten. Wir behalten es uns vor, von Fall zu Fall zu urteilen und zu handeln, wie unser Pflichtgefühl es vordringt. Wir lehnen ab, daß unsere Staatsbürger unterschiedlich behandelt werden.

Wir verlangen, daß uns anständige und günstige Gelegenheiten in den Ländern eingeräumt werden, die bei

der Mitwirkung mit unserer Hilfe das Mandat gewonnen haben. In Uebereinstimmung mit unserer historischen Politik wünschen wir, an einer friedlichen Beilegung der internationalen Streitigkeiten mitzuwirken. Diese betrafen auch die schiedsgerichtliche Beilegung solcher Fragen, in denen dies möglich ist. Wir verfolgen die Politik, die allen humanitären Bemühungen mitzuwirken, die zur Verminderung derjenigen Leiden unternommen werden, die nur durch gemeinsame Arbeit getilgt werden können.“ Der Staatssekretär sprach dann über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den südamerikanischen Staaten. Er betonte hierbei in der Hauptsache, daß die Vereinigten Staaten das größte Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den südamerikanischen Republiken hätten, und daß sie ihre Kontrolle über den Panamakanal vollkommen aufrechterhalten müßten. Am Schluß seiner Rede kündigte Hughes an, daß die Vereinigten Staaten bald eine Reihe von Rekrutierungsverträgen mit den latein-amerikanischen Nationen abzuschließen suchen werden.

„Rücktritt“ des Separatistenführers Matthes.

Koblenz, 1. Dezember. (Z. L.)

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, ist Matthes, der Führer der Sonderbündler, im Koblenzer Schloß vorgezogen auf Veranlassung der Franzosen hin durch die Schloßwache gezwungen worden, seines Postens als Chef der provisorischen Regierung zu entgehen. Außerdem wurden zwei sogenannte Minister verhaftet. Viele von den Sonderbündlern ziehen sich bereits zurück, da die Unterstützung der Franzosen, die pro Tag 10 Francs beträgt, auszubleiben beginnt.

Der Verkehr im besetzten Gebiet.

Aussichtsreiche Verhandlungen mit der Regie.

Berlin, 1. Dezember. (Z. L. B.)

Im Interesse der Wiederbelebung des Verkehrs der besetzten Gebiete sind zwischen der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft in Mailand Verhandlungen über einen Modus vivendi geführt worden. Diese haben nimmend im Gegensatz zu früheren Verhandlungen einen solchen Verlauf genommen, daß die Zustimmung der deutschen Vertragsseite — vorbehaltlich der Genehmigung durch das Reichskabinett — erwartet werden kann.

Reichsbank und Rentenbank.

Keinerlei Meinungsverschiedenheit.

Wie wir erfahren, ist in den Verhandlungen zwischen der Reichsbank und der Rentenbank in der Frage der Wirtschaftskredite eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt worden. In den verbreiteten Nachrichten, daß irgendwelche Differenzen zwischen der Leitung der beiden Banken bestanden, erfahren wir, daß diese Meinungen unzutreffend sind, und daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Instituten vorhanden sind.

Ein Liter Milch 320 Milliarden.

Berlin, 1. Dezember. (Z. L. B.)

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Infolge des Landwirtschaft zu gebenden und der unumgänglichen Erhöhung der Spannen für die beteiligten Berliner Gewerbetreibenden beträgt der Preis am 2. Dezember für einen Liter Vollmilch 320 Milliarden, für einen Liter Magermilch 124 Milliarden, am 3. Dezember für einen Liter Vollmilch 360 Milliarden und für einen Liter Magermilch 144 Milliarden.

Die Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und die Direktion der Stadtentwässerung teilt mit, daß die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Entwässerungsgebühr unverändert sind.

* Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuer beträgt am 2. und 3. Dezember eine Million.

* Durch Verfügung der internationalen Rheinlandschaftskommission ist die „Rheinische Zeitung“ bis auf weiteres verboten worden. Ein näherer Grund wird nicht angegeben.

Hauptmann: „Michael Kramer.“

Leistung-Theater.

Das heilige Wort eines großen Menschenkopfers ist nicht im Gebanten bedeutend; sondern im inneren Geist.

Was Kramer (Michael) an Worten äußert, kommt im einzelnen der Selbstverständlichkeit nahe: weil dieser unsterbliche „Lehrer an einer sog. Kunstschule“ kein Genie des Vollbringens ist. Kein Selbiger; sondern ein Endender.

Sondern ein Kämpfender, durch Leid erhöhter Bewußtseinsmensch. Michael Kramer ist ein Bild des fragenden, sehenden Schmerzes hinieden. In den Erfahrungen des heiligen Zustandes ein Gipfel-fall. Ein hoher Nachbar des irdischen Weils. Darin in Schmerz und Festigung, ein Genie.

(Aber nicht er ist das Genie; sondern Hauptmann ist es.)

Körper hat ihn so wunderbar, so tief erfüllt, daß nur der teure Name Oskar Sauer, der ihn einst gefordert hat (und Hartaus, der ihn hätte formen können) in seiner Region zu nennen bleibt.

Im Abendbild halb Lehrer, halb Künstlermensch — mit einer Unvergleichlichkeit im grauen Haar; mit was Ringendem im verurteilten, lateinischen Schicksal; mit Einfachheit und Güte. Das ist es; mit Einfachheit und strenger, großer Güte.

Dies lebt heute nicht zum zweitenmal bei uns. Noch ein so angefochtenes Wort wie „Der Tod ist die mildeste Form des Lebens“, — wie blüht es herzerweichend auf in Kämpfers Worten, taumelndem, schließlichen Altklammern. Wie ist er fern von Weisheit... und nach der letzten Erhebung. Wenn er in die Glocken hineinragt, hineinragt. Wenn er zum Schluß, fragend, an dem jähmlichen Satz-Ende sitzt.

Dies lebt heute nicht zum zweitenmal bei uns.

Von Wozu dachte man: wird er nur mild sein? Wird er auch böse Verdacht haben?

... Er war jedoch ein Menschenstoffsinn. Einer mit dem Witz, Scheel und Schick — dennoch überlegen! Einer ohne Jungeländnis. Ein Verbannter... mit dem Funken. Ein meinnehmbarer Teufel — als armes, schäderhaftes, grauenwölbes Opfer.

Er ist, mit seiner Weile, seiner Kürschheit, seiner hinabgeschlossenen Verwerfung, seinem idenem Gang, seinem tiefen Festhalten... etwa das, was Renan ein Genieschöpfer heißt.

Ja: ein Mythos, ein Symbol... und ein Mensch aus Breslau — (wenn er gleich nicht föhlich sprach: Körper ja auch nicht; was liegt daran.)

IV.

Die Dritte: Hermine Sterler. Rein bloßes Mannweib, als Kramers Tochter. Sondern in tieferem Ernst ein geistiges Weibweib, ja doch ein Weib — als Kramers Tochter; die den Vater anbetet, aber von ihm, mit streng-gütiger Galdbewusstheit, in ihren Grenzen gehalten wird. Dies Werk ist ja ein Fundort für tausend seelische Beziehungen.

(Selbst Bild vermag, als Vater Kramers, vor all dieser geistigen Erbhabenheit sein Räseln... er verstumte mit dem Gesichtsmuskel.)

V.

Für die Restaurateurstochter, Ute Bänich, war, befreundlich genug, eine Vorbildschaupeleierin, Uta Wilson, auf dem Zettel angelegt. Statt ihrer kam, erfruchtigerweise, Marianne Wenzel; sie gab so zwei Rollen: Kramers Unglück — Arnolds Unglück, Weibes... mit Glück.

VI.

Spielmeister für alles das ist Emil Lind. Der tritt hier zum ersten Mal in sein Bild. Spielmeister? Ein Meisterspiel war's im dritten und vierten Akt.

Vormal's blieb er öfters schwach in Epifoden. Auch hier in dem (gemachten) Redell der Kunstschule. In dem Affekt... Doch die Gasse jenseit! Die Bausen! Die Spieler! Die Garthergeung! Die Nachlinge! Das unsterbliche Trauerspiel, zu ahnen, hinter Glas-scheiben, bis zum letzten Ausbruch... meistersch.

VII.

Lind hat die Linie des Werks leuchtend getroffen. So ist sie: Im ersten Aufzug nur das Drückend-Spannende der Häuslichkeit. Im zweiten jenes „Aug-in-Aug“ zweier Menschen; des sanftigen Vaters, des lägenen Sohnes. Innerlichstes. Im dritten Akt (nun erst) das Gellend-Zurechtere, das freudlich Brüllende. Im vierten Akt bernach die Dämpfung, der Ausklang; leidlich; erwig.

So war die Linie. ... Zusammengefaßt, und eins ins andere gefaßt: das Theater Deutschlands ist nicht tot. Ihr dürft weiter hoffen.

Alfred Kerr.

* * * Programme der Musik-Konzerter der Staatskapelle. Generalmusikdirektor Fritz Busch wird in den fünf von ihm übernommenen Konzerten der Staatskapelle folgende Werke zur Aufführung bringen: Beethoven: Erica und E. Sinfonie; Brahms: 4. Sinfonie; Schumann: D-moll-Sinfonie; Bruckner: 9. Sinfonie; Max Regner: Miller-Operetten; Richard Strauss: III. Sinfonie; Wagner: Tristan und Isolde; Liszt: Klavierkonzert (Aufführung in Berlin, Zeit: Gedächtnis-Abend); Camille Saint-Saens: Concerto grosso (Aufführung für Berlin); Adolf Busch: Cembalokonzert (Aufführung für Berlin); Richard Strauss: Tangente.

Staatsoper.

L. S. Zwei Vorstellungen der letzten Tage gaben der Kritik Veranlassung, dem Ernst am Opernplatz ihren Besuch abzulassen. Buccinis „Kater“ sang zum ersten Male Friedrich Böhm, dessen einmal als Gilda, doch unter unglücklichen Umständen, die Bühnen betreten hat. Ein weicher, jugendlicher Sopran — in Farbe und Klangdarsteller an die Stimme der Françoise-Kaufmann erinnernd — wird leicht und mühelos bis in die höchste Lage geführt. Die Schmalheit des Organs wäre an sich bei so tragfähigem Tone nicht einmal bedenklich; aber etwa vom b der eingetragenen Oktave abwärts, ist überhaupt nichts mehr zu hören. Wort und Ton werden vom Döckel verschlungen. Davon, ob sich die nötige Kraft noch entwickelt, wird die Verwendbarkeit der Sängerin abhängen. Im Spiel gab sie viel Liebenswürdiges und poetisch Empfindendes.

In Schillings „Mona Lisa“ sang unter dem Komponisten Leitung die Titelpartie Mafalda Salvatini. Sie hatte es nicht leicht gegen das Vorbild der Kemp aufzutreten, vermochte aber auch in ihre Auffassung zu interessieren. Was sie der Gestalt an Geistigkeit schuldig blieb, ersetzte sie durch Stärke und Wärme der Empfindung. An Stelle der grauenhaften Ironie trat ein schmerzhaft lebender Frau Salvatini arbeitet offenbar ehrlich und fleißig an sich. 2. Stimme, die hier sich fast nur noch der Höhe zu entfalten brach, sang ungenügend warm und äppig. Größere Klarheit des Wortes bleibt immerhin zu wünschen. Ein vortrefflicher Francesco de Theodor Scheidl, glaubhaft in Spiel und Erscheinung. Wenn sein kräftiger Bariton nicht überall durchdrang, so war es die Schuld der überlauten Orchesters, das der Komponist zum Kadett seines Werks zu wenig einräumte. Gut man die „Mona Lisa“ längere Zeit nicht hört, so stellt sie, mehr noch als durch ihre aparte, harmonische und orchestrale Struktur, durch den strappanten Ausdruck des unheimlichen Spannens und die Blut ihrer Tonsprache. Mit ihrem wirksamen geschäft gemachten Textbuch ist sie eines der lebensfähigsten Werke der zeitgenössischen deutschen Opernbühne.

Ernst Bloch, der verblüffende Anhänger des bekannten Theaters betrug Ernst Bloch, ist gestern in Berlin gestorben.

Die Wastenanlagen der Soltau-Gruppe gelistet vom 2. bis 9. Dezember (mit Ausnahme des 8. in der Hiesigkeit) am Unterwiesenthal (Sachsen). Zur Aufklärung s. langst. Der „Schweizer Anzeiger“ ein Mitarbeiter, das den Ausgang der künstlerischen Vorkämpfer der Truppe bildete.

Paul Wienfeld spielt im Theater am Kurfürstendamm am Sonntag, 2. Dezember, in Hermann Wabers „Aufspießung Prinz“ die Rolle des Oberfeld.

In der Großen Volkshalle findet Bertha Maibaum in der „Garmen“ Aufführung am Sonntag, 2. Dezember, zum ersten Male die Titelpartie. Die nächste Aufführung der Großen Volkshalle ist Bertha Maibaum. Die Regie führt erstmalig Carl Strobach, der auch Kostüme und Bühnenbilder entwirft.

